

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gelappten Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Breh. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Sprengstofftrust — Sprengstoffgewinne — Sprengstoffmonopol.

Die Sprengstoffindustrie war bis zum Ausbruch des Krieges ein Musterbild kapitalistischer Verfassung und Verfassung. Unter Führung der englischen Nobel-Dynamit-Gesellschaft waren fast alle namhaften Fabriken der sogenannten Kulturländer zu einem internationalen Sprengstofftrust zusammengeschlossen. Dieser Trust regierte unbeschränkt. Er regelte die Erzeugung, verteilte die Absatzgebiete und bestimmte die Preise. Die erzielten Gewinne wurden auf die Mitgliedergruppen nach einem vereinbarten Schlüssel verteilt und von diesen den einzelnen Unternehmungen je nach Größe und Leistungsfähigkeit zugeteilt. Die einzelnen Betriebe blieben scheinbar selbstständig. Aber nur scheinbar. Jede Erweiterung des Unternehmens, soweit sie einen Aufwand von mehr als 20 000 Mk. erforderte, sowie jede Beteiligung an andern Unternehmungen war an die Zustimmung der Trustleitung gebunden. Für Uebertretung der Trustgesetze waren Geldstrafen bis zu 1 1/2 Millionen Mark festgesetzt. Die Sprengstoffunternehmungen fanden bei dieser Regelung durchaus ihre Rechnung. Die Rentabilität der Werke war glänzend und beständig.

Der Krieg führte die internationale Verbrüderung. Gleichzeitig in allen beteiligten Ländern entdeckten die Sprengstofffabrikanten, daß es doch ein, sagen wir einmal, nicht ganz einwandfreies Geschäft sei, Profite zu beziehen von den Sprengstoffen, mit denen die eigenen Landeskiner getötet würden. Die Regierungen zeigten für solche Regungen volles Verständnis und ebneten den Weg zu einer Trennung der im Frieden so fruchtbaren und noch für lange Jahre geschlossenen Verbindung. Die Besitztitel wurden ausgetauscht und die ausgetauschten Aufsichtsratsstellen eingezogen oder „national“ besetzt. Sir Ralph Amstrutter schied aus der Hamburger Nobelgesellschaft aus und Direktor Kraftmeier aus London mußte trotz seines urdeutschen Namens den mit einigen zwanzigtausend Mark dotierten Sitz im Aufsichtsrat der Köln-Rottweiler Pulverfabriken räumen. Dagegen konnte Herr Wolfes aus London seinen Sitz in der Leitung der Sprengstoffwerke vorm. Mahlfen behalten, weil er aus Gründen, die wir nicht kennen, „zurzeit“ seinen Wohnsitz in der Schweiz aufgeschlagen hatte. Sonst ist die deutsche Sprengstoffindustrie jetzt national gereinigt und bereit, sich mit den Gewinnen zu bescheiden, die sie in Deutschland und den verbündeten Ländern erzielt.

Diese Bescheidenheit ist allerdings eine recht billige Zugewand. Denn die Gewinne der Kriegszeit sind trotz der Auflösung der Truste nicht geringer geworden, sondern höher als je zuvor. Sie sind bei einzelnen Gesellschaften so hoch, daß es fast mehr Mühe macht, sie unauffällig unterzubringen als sie zu „verdienen“. Wir haben im „Proletarier“ schon wiederholt einige Geschäftsabschlüsse gewissermaßen als Stichproben gegeben, an denen die Höhe der Kriegsgewinne in der Sprengstoffindustrie zu messen war. Immerhin waren das nur Einzelergebnisse. Nunmehr liegen aber die Abschlässe aller Gesellschaften vor, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt. Da das 19 von 21 überhaupt vorhandenen sind, ist die Aufstellung, die wir jetzt geben können, fast lückenlos.

Vergleicht man nun die Ergebnisse der Aktien-Gesellschaften für das Kriegsjahr 1915 mit denen des letzten Friedensjahres 1913, so zeigt sich ein geradezu fabelhaftes Ansteigen der Gewinne. Von den 19 Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, ist für 1915 nur eine dividendenlos geblieben; zwei haben denselben und 16 haben einen höheren Dividendenjah ausgezahlt als 1913. Die dividendenlos gebliebene Gesellschaft hatte gleichfalls ein besseres Ergebnis als 1913, nämlich einen, wenn auch keinen Gewinn gegenüber dem erheblichen Verlust; die beiden, deren Dividendenjah gleich geblieben, zahlten doch erheblich höhere Dividenden summen aus, weil sie ihr Aktienkapital stark erhöht hatten. Zwei Gesellschaften steigerten ihre Dividende von 20 auf 30 Prozent, eine von 20 auf 35, zwei sogar von 0 auf 30 Prozent. Die Durchschnittsdividende für alle 19 Gesellschaften betrug für 1913 „nur“ 15, für 1915 aber 23,1 Prozent; sie ist also um rund 50 Prozent gestiegen.

Die Erhöhung des Dividendenjahres gibt jedoch nur ein blaßes Abbild der tatsächlichen Gewinnsteigerungen. Mehrere Gesellschaften haben durch rechtzeitige Kapitalerhöhungen einem allzu starken Ansteigen der Dividende vorgebeugt. So erhöhte die West-Anh. Sprengstoffwerke ihr Kapital kurz nach Kriegsausbruch um 2, im April 1915 noch einmal um 4 Millionen Mark. Die hochwertigen Aktien wurden den alten Aktionären zum Kurse von 100 Prozent angeboten, also fast geschenkt. Eine ober-schlesische Sprengstoff-W.-G. verdoppelte im Mai 1915 ihr Kapital, bot die neuen Aktien den alten Aktionären zu 150 Prozent an und zahlte ihnen darauf die volle Dividende für 1915. Die Sprengstoffwerke „Glückauf“, Hamburg, mußten 1912 durch Zusammenlegung des Aktienkapitals von 0,6 auf 0,3 Millionen Mark saniert werden. Das Kriegsjahr brachte diesem Unternehmen so reichen Gewinn, daß die alten Aktionäre 300 000 Mk. als neue Aktien geschenkt und auf diese geschenkten Aktien oben-dreien die volle Dividende in Höhe von 30 Prozent erhielten. Der Reingewinn dieses Unternehmens betrug 1,333 Millionen Mark, war also reichlich viermal so hoch wie das Aktienkapital.

Das gesamte Aktienkapital der angezogenen 19 Gesellschaften betrug Ende 1913 rund 62, Ende 1915 aber 93 Millionen Mark. Der Reingewinn stieg in derselben Zeit von 17,3 auf 48,5 Millionen Mark, die als Dividende ausgeschüttete Summe von 9,3 auf 21,5 Millionen Mark. Außerdem wurden erhebliche Summen den offenen Reserven zugeführt, die von 25 auf 33 Millionen Mark answollten, und nicht minder erhebliche in stille Reserven aller Art vergraben. Wie „vorsichtig“ die Dividendenpolitik mancher Gesellschaften ist, zeigt u. a. die Tatsache, daß die Köln-Rottweiler Pulverfabriken zwar 5 775 000 Mark als Dividende ausschütteten, gleichzeitig aber 6 395 000 Mark auf neue Rechnung vortrugen, also genug, um weitere 40 Prozent Dividende auf das 16 1/2 Millionen Mark betragende Aktienkapital auszahlen zu können.

Aus der folgenden Zusammenstellung ist ersichtlich, ob und wie sich Aktienkapital, Dividendensumme und Dividendenjah bei den einzelnen Aktiengesellschaften der Sprengstoffindustrie gegen das Jahr 1913, als das letzte Friedensjahr, geändert haben.

	Aktienkapital		Dividende		Dividende	
	1913	1915	1913	1915	1913	1915
	M.	M.	M.	M.	%	%
Köln-Rottweiler Pulverfabriken	16 500 000	16 500 000	8 300 000	5 775 000	20	35
West-Anh. Sprengstoffwerke vorm. A. Mahlfen, Adm. West-Anh. Sprengstoffwerke	4 000 000	10 000 000	1 000 000	2 500 000	25	25
Sprengstoff-W.-G. vorm. A. Mahlfen, Adm. West-Anh. Sprengstoffwerke	3 500 000	3 500 000	231 000	378 000	6	10,9
Sprengstoff-W.-G. vorm. A. Mahlfen, Adm. West-Anh. Sprengstoffwerke	2 050 000	2 000 000	180 000	370 000	5	17,5
Preuss. Dynamitfabrik	725 000	725 000	145 000	268 500	20	30
Ergebirgische Dynamitfabrik	1 000 000	1 000 000	75 000	165 000	7,5	16,5
Deutsche Sprengstoffwerke, Hamburg	1 250 000	1 250 000	250 000	375 000	20	30
Dynamit-W.-G. vorm. Nobel, Hamburg	12 000 000	38 000 000	2 400 000	7 200 000	20	20
Sprengstoff-W.-G. „Carbonit“, Hamburg	3 000 000	3 000 000	255 000	561 000	8,5	18,7
Sprengstoff-W.-G. „Kosmos“, Hamburg	1 200 000	1 200 000	90 000	198 000	7,5	16,5
Sprengstoff-W.-G. „Glück auf“, Hamburg	300 000	600 000	—	180 000	0	30
Stegener Dynamitfabr., Adm. Rheinisch-Westfäl. Sprengstoff-W.-G., Adm.	300 000	300 000	45 000	84 000	15	23
Adm. Rheinisch-Westfäl. Sprengstoff-W.-G., Adm.	6 500 000	6 500 000	975 000	1 820 000	15	23
Rhein. Dynamitfabrik, Adm. Sprengstoff-W.-G. „Koppel“, Adm.	1 200 000	1 200 000	240 000	360 000	20	30
Adm. Oberhiesl. Dynamit-W.-G., Adm. Rheinisch-Westfäl. Sprengstoff-W.-G., Adm.	3 000 000	3 000 000	—	320 000	0	8
Adm. Rheinisch-Westfäl. Sprengstoff-W.-G., Adm.	1 400 000	2 350 000	120 000	700 000	10	25
Hannovers-Binder, Adm. Elb-Bohring, Sprengstoffwerke	450 000	750 000	—	225 000	0	30
Wolf & Co., Kammrad-Ges., Walsrode	2 000 000	1 200 000	—	—	0	0
	1 470 000	1 400 000	632 000	1 038 000	?	?
	[61 725 000]	[92 925 000]	[9 938 000]	[22 570 500]	[15,1]	[23,1]

Das Elb-Bohring Sprengstoffwerk ist eine noch junge Gründung, das seither noch keine Gewinne abwarf. Der Krieg hat seinen Abschluß wesentlich verbessert, obwohl die Erzeugung infolge der Nähe der Kampffront allerlei Hemmnungen erfuhr. Die Kommandit-Gesellschaft vorm. Wolf u. Co. in Walsrode gibt nicht offiziell bekannt, welchen Gewinn sie ausgeschüttet hat, es ist deshalb der erzielte Gewinn in der Zusammenstellung angeführt. Die Zahlen über den erzielten Reingewinn und über die Reserven, die von etwa 25 auf reichlich 33 Millionen Mark anwachsen, sind in der Tabelle nicht einzeln angeführt. Wir stellen nunmehr die entscheidenden Zahlen für 1913 und 1915 gegenüber.

Es betrug bei den 19 Aktiengesellschaften der Sprengstoffindustrie:

	1913	1915	Steigerung in Prozent
das Aktienkapital	61 725 000	92 925 000	55
die Reserve	25 100 000	33 365 000	33
der Reingewinn	17 281 000	48 551 000	181
die Dividendensumme	9 306 000	21 477 500	131
der Prozentjah der Dividende	15,1 Proz.	23,1 Proz.	53

Die Gegenüberstellung spricht Bände. Sie zeigt, daß die Sprengstoffindustrie die „Konjunktur“ nach allen Regeln kapitalistischer Profitmacherei ausgenutzt hat. Ohne Strupel und Zweifel hat sie die Zeit des Krieges benutzt, um Gewinne anzuhäufen und auszuschütten, die geradezu märchenhaft anmuten.

Es ist nicht unsere Art, an diese Feststellungen Moralpredigten zu knüpfen. Wir verzichten auf jeden Appell an den Patriotismus der Sprengstofffabrikanten und Sprengstoffaktienbesitzer, schenken uns jeden Versuch, darzutun, daß die großen Gewinne nur erzielt werden konnten durch eine Preisstellung für Sprengstoffe, die zu den Erzeugungskosten in auffälligem Mißverhältnis steht, also durch Uebervorteilung des Reiches, also durch eine ungerechtfertigte, in ihren Wirkungen aber höchst schädliche Schwächung der Finanzkraft und damit der Wehrkraft des Deutschen Reiches. Solche Erwägungen und Mahnungen würden gar nichts nützen. Die Kapitalisten als Unternehmer sind an die Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft gebunden. Der Zweck dieser Wirtschaft aber ist die Erzielung von Profit. Die Erzeugung von Gütern ist nur Mittel zu diesem Zweck. Von den Unternehmern fordern, sie sollten aus ethischen, patriotischen oder andern Erwägungen freiwillig auf ihren Profit oder einen Teil davon verzichten, heißt ihnen zumuten, an dem Akt zu fagen, auf dem sie sitzen.

Wer die Ungeheuerlichkeit erkennt, die darin liegt, daß der Staat auch in dieser so schweren Zeit von einer Handvoll Kapitalisten bewacht wird, und wer dieser Ungeheuerlichkeit abhelfen will, muß dafür eintreten, daß sie sachlich unmöglich wird. Das ist in diesem Spezialfalle sehr leicht zu erreichen. Gewiß nicht von

heute auf morgen, aber doch in absehbarer Zeit und ohne allzu große Schwierigkeiten. Und zwar durch die Verstaatlichung der Sprengstoffindustrie!

Die Sprengstoffindustrie ist für die Ueberführung in den Besitz des Reiches durchaus reif. Sie ist technisch entwickelt, kapitalistisch stark zentralisiert und in verhältnismäßig wenig Betrieben zusammengefaßt. In einem sehr straffen Privatmonopol findet das Reich organisatorische Grundlagen, auf denen es weiterbauen könnte. Eine Anzahl Pulverfabriken ist schon seit langen Jahren im Besitz der Bundesstaaten; es fehlt also nicht an Erfahrungen aus der Praxis.

Die Ueberführung der Sprengstoffindustrie in den Besitz des Reiches würde nicht nur finanziellen Nutzen bringen. Sie würde auch dem Interesse der Landesverteidigung dienen. Vor allem aber würde sie dazu führen, daß einer immerhin nicht kleinen Gruppe von Kapitalisten das finanzielle Interesse am Kriege genommen wird. Damit soll nicht gesagt sein, daß die an der Sprengstoffindustrie interessierten Kapitalisten diesen Krieg herbeigewünscht oder gar herbeigeführt hätten. Aber doch keine Verlängerung wünschen müßten. Gewiß nicht! Aber sie waren daran interessiert, daß die Wölfer in steter Kriegsfurcht verblieben, daß sie ihre Rüstungen immer weiter ausbauten, ihre Bestimmungsmittel immer mehr vervollkommneten. Und sie haben auch — dafür sind Beweise genug erbracht worden — wenn nicht alles, so doch viel getan, um die Kriegsstimmungen zu beleben. Selbstverständlich nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo die Sprengstoffindustrie im Besitz privater Kapitalisten ist. Bei der einleitend schon erwähnten internationalen Verfassung dieser Industrie fiel es ihr auch gar nicht schwer, überall Minen zu legen und gleichzeitig die eigene Spur zu verwischen. Dadurch ist der Krieg gewiß nicht herbeigeführt worden. Wohl aber haben die Stimmungen und Meinungen, die von den Rüstungsinteressenten erzeugt oder ausgenutzt wurden, die friedliche Verständigung der Völker erschwert. Damit sind sie eine Teilursache dieses Krieges geworden. Die Verstaatlichung der Sprengstoffindustrie wird für eine Reihe von Kapitalisten das Interesse am Wettrüsten ausschalten und damit der Sicherung des Friedens dienen. Das ist gewiß ein Ziel, auf's Innigste zu wünschen.

Kurz vor Abschluß dieser Nummer des „Proletariers“ geht folgende Nachricht durch die Presse:

**Kapitalerhöhungen in der Pulver- und Sprengstoffindustrie.**  
Die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, A.-G., in Berlin, die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff, A.-G., in Köln und die Adm.-Ges. Siegener Dynamitfabrik in Köln haben in den heutigen Aufsichtsrats-sitzungen die Erhöhung des Aktienkapitals von 16 1/2 Millionen auf 33 Millionen Mark bzw. 6/4 auf 13 Millionen Mark und von 300 000 auf 600 000 Mk. beschlossen. Auf jede alte Aktie wird eine neue Aktie zum Parikurs — zusätzlich 5 Prozent Stückzinsen seit dem 1. Januar 1916 — bezogen, wobei die neuen Aktien vom 1. Januar 1916 an am Gewinn teilnehmen. Die Verwaltung der Gesellschaften glauben, in sichere Aussicht stellen zu können, auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende verteilen zu können, die dem Durchschnitt des erhöhten Aktienkapitals eine der vor-jährigen Dividende entsprechende Rentabilität gewährt.

Selbstverständlich handelt es sich hier nur um eine Verwässerung des Aktienkapitals zu dem Zweck, die anscheinend noch gestiegenen Gewinne des laufenden Jahres unterzubringen zu können, ohne die Deffenlichkeit, die Arbeiterschaft und — den Militar-fiskus allzu sehr aufzubringen. Es ist den leitenden Kreisen von Köln-Rottweil — die beiden andern Unternehmungen sind nur Passanten — gewiß nicht unbekannt geblieben, daß die zuständigen militärischen Behörden in ernste Erwägungen darüber eingetreten sind, ob die Preise für Sprengstoffe mit den Herstellungskosten in einem einigermaßen erträglichen Verhältnis stehen und ob nicht die ungeheuren Gewinne der Sprengstoffgesellschaften eine Preis-herabsetzung rechtfertigen. Solchen Erwägungen kann natürlich am besten entgegengetreten werden, wenn man das Aktienkapital verwässert und damit den Dividendenjah herabdrückt oder doch sein weiteres Ansteigen verhindert.

Die alten Aktionäre erhalten mit der Aktienausgabe ein enormes Kapital direkt geschenkt. Schon vor Kriegsausbruch stand der Kurs der Köln-Rottweiler-Aktien auf etwa 300, der der beiden andern Werke auf etwa 200. Vor kurzem wurden sie, obwohl offizielle Notierung unterlagert ist, mit 600 bzw. mehr als 500 Prozent gehandelt. Nach der Verwässerung des Kapitals wird der Kurs allerdings sinken, jedoch kaum erheblich. Die zwei-beitige Mitteilung, daß auch auf das erhöhte Kapital voraussicht-lich eine Dividende verteilt werden kann, die „im Durchschnitt des erhöhten Aktienkapitals eine der vorjährigen Dividende ent-sprechende Rentabilität gewährt“, wird die Wissenden schon be-ruhigen. Aber selbst wenn der Kurs auf 400 sinken sollte, be-deutet die Ausgabe der 23,3 Millionen Mark zum Parikurs ein Geschenk an die Aktionäre in Höhe von mindestens 60 Millionen Mark.

Diese Art, Geld unter die Aktionäre zu bringen, ist zwar nicht neu, aber sie ist in diesem besonderen Falle nicht nur eine Illustration kapitalistischer Teilung des Arbeitsertrages, sondern zugleich ein Beweis für die außergewöhnliche — Hochspannung des nationalen Gefühls der Sprengstoffkapitalisten. Zugleich allerdings auch eine mehr als drastische Begründung unsrer Forde-rung auf Verstaatlichung der Sprengstoff-fabrikation.



Uebertragung der Verantwortung.

Ist ein Unternehmer mit Kapital abgefunden, dann unterliegt die Verantwortung der Ueberwachung durch eine von der Bundeszentralbehörde zu bestimmende Stelle...

Rückzahlung.

Wird der Zweck der Abfindung vereitelt, so ist die Abfindungssumme auf Anfordern der obersten Militärverwaltungsbehörde (§ 8 R.-M.-G.) innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist (§ 7 R.-M.-G.) zurückzugeben.

Sicherung der Rückzahlung.

Zur Sicherung der Rückzahlung kann (§ 11 Wf. 2 R.-M.-G.) die Eintragung einer Sicherungshypothek oder einer anderen Sicherheit verlangt werden.

Verzicht auf Rückzahlung.

Siegen besondere Gründe vor (§ 11 Wf. 2 R.-M.-G.) so kann von der Rückzahlung ganz oder teilweise abgesehen werden.

Wiederaufleben der erloschenen Ansprüche.

Dem Abgefundenen können auf Antrag (§ 9 R.-M.-G.) die durch die Kapitalabfindung erloschenen Gewährnisse gegen Rückzahlung der Abfindungssumme wieder bewilligt werden.

Zu einigen besonderen Fällen unterliegt der Entschädigung über die Wiederbewilligung der obersten Militärverwaltungsbehörde.

Dem Abgefundenen können auf Antrag (§ 9 R.-M.-G.) die durch die Kapitalabfindung erloschenen Gewährnisse gegen Rückzahlung der Abfindungssumme wieder bewilligt werden.

Aus der Industrie

Die Lohnerhöhungen der Papierarbeiter während der Kriegszeit.

Die Papierarbeiter gehörten seit jeher zu den genügsamsten Arbeitern der deutschen Industrie. Lange tägliche Arbeitszeiten von ununterbrochen 12 Stunden und darüber, dazu niedrige Löhne, die höchstens noch durch zweifelhafte Fabrikationsprämien verschönert werden...

Die Papierarbeiter gehörten seit jeher zu den genügsamsten Arbeitern der deutschen Industrie. Lange tägliche Arbeitszeiten von ununterbrochen 12 Stunden und darüber, dazu niedrige Löhne...

„Während die Tagesordnung der Bopparder Sitzung hatte gezeigt, daß mit dem Kriege eine nicht unbedeutliche Reihe von Fragen sozialpolitischer Art entstanden ist. So behaupten die sozialdemokratischen Blätter, daß die Arbeitslöhne trotz der gestiegenen Preise für Wohnungen, Kleidung, Lebensmittel, kurz für alle Lebensbedürfnisse, eher gefallen als erhöht worden wären.“

hauption nachzuweisen. Nehmlich verhält es sich mit den Verträgen der roten Gewerkschaften, wonach diese Arbeiterverbände die Unterstützung der ins Feld gerückten Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen beinahe ausschließlich geleistet haben.

Da auch wir auf Grund unserer Kenntnisse von der wirtschaftlichen Lage der Papierarbeiter zu jenen gehörten, die die so allgemein in die Welt hinausgeschlagnen Lohnerhöhungen anzweifeln wollten, wollten wir uns doch nicht dem Vorwurf aussetzen, die Unwahrheit behauptet zu haben, und so haben wir am 13. Dezember 1915 den Verein deutscher Papierfabrikanten um Ueberlassung eines Abzugs ihrer statistischen Erhebungen durch folgenden Brief:

„Aus dem Bericht über Ihre Vorstandssitzung vom 24. November 1915 in Nr. 50 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ ersehen wir, daß Sie bei den Angehörigen Ihres Vereins Erhebungen veranstaltet haben über den Stand der Arbeitslöhne während der Kriegszeit sowie über die Unterstühtungen der Familien der Kriegsteilnehmer durch die Herren Arbeitgeber in Form von Geld, Lebensmitteln, Heizmaterialien, Gewährung von Mietzuschüssen usw.“

Wir bitten Sie höflichst, uns einen Abzug Ihrer Erhebungen zustellen zu wollen, damit auch wir in der Lage sind, die Leistungen der Herren Arbeitgeber an die Familien ihrer im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter vorurteilsfrei beurteilen zu können.“

Auf diesen Brief, der selbstverständlich mit dem im Geschäftsleben üblichen Anrede- und Schlussformeln versehen war, erwarteten wir bestimmt den wichtiger Beweis für unsere „unwahren Behauptungen“. Leider warten wir heute noch vergeblich auf die von uns erbetenen Belege, die doch sicher das Licht der Deffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen, da sie als Beweisführung die Wahrheit über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und der Arbeiterfamilien bringen sollten.

„Ihren Antrag betr. den Stand der Arbeitslöhne während der Kriegszeit werde ich in der nächsten Vorstandssitzung vorlegen und dort feststellen lassen, ob die Weitergabe unserer Feststellungen erwünscht ist.“

Die Erhebungen über die Leistungen im Kriege in Form von Geld, Lebensmitteln, Heizmaterialien usw. sind noch nicht abgeschlossen. Sobald sie vorliegen, werde ich in gleicher Weise mit Ihrem Gesuch verfahren.“

Wie der Vorstand des Vereins deutscher Papierfabrikanten über unsre Bitte entschieden hat, ist uns weder brieflich noch durch die Berichte über die Vorstandssitzungen des Vereins, die gewöhnlich in den Fachzeitschriften veröffentlicht wurden, bekannt geworden. So durchlebten wir bange sechs Monate immer im Bewußtsein, daß der Verdacht, unglauwürdige Angaben gemacht und unwahre Behauptungen ausgetreut zu haben, auch auf uns lasten könnte.

Endlich sollten wir aber doch von unserm Gewissensbissen befreit werden. Der Geschäftsbericht der Papiermacher-Vereinsgenossenschaft für das Jahr 1915 sollte die Entscheidung bringen. Und siehe da, die Wahrheit stand auf unserer Seite. Ganze dreieinhalb Prozent waren die Jahresdurchschnittslöhne für einen Vollarbeiter der Genossenschaft gestiegen, und nicht um dreiunddreißig und ein Drittel Prozent, wie von einer Papierfabrik im Unternehmerorgan vor kurzer Zeit noch behauptet wurde.

Und doch muß immer wieder an die Lohnerhöhungen der Papierarbeiter erinnert werden, zwar nicht an jene, die angeblich schon eingetreten sind, sondern an die, die in Wälde eintreten müssen, wenn die Papierarbeiter nicht durch Unterernährung leistungsunfähig werden soll. Kein vernünftig denkender Mensch wird im Zeitalter des tollsten Lebensmittelmangels behaupten können, daß Jahresdurchschnittslöhne von 994 Mk. für einen Vollarbeiter ausreichend sind, um einen jugendlichen Arbeiter, geschweige denn eine ganze Arbeiterfamilie zu ernähren.

Durchschnitt eher gefallen als gestiegen sind, wenn ihm mitgeteilt wird, daß der Jahresdurchschnittslohn für einen Vollarbeiter der Papiermacher-Vereinsgenossenschaft vor dem Kriege, im Jahre 1913, noch 1004 Mk., dagegen 1915 nur noch 994 Mk. betragen hat. Gewiß haben einzelne Firmen ihrer Arbeiterchaft Vorkostenzulagen gewährt, doch nicht alle. Diesen Firmen stehen aber bald ebensoviel gegenüber, die ihren Arbeitern Hülfe gemacht haben, um unter den vielen Fällen nur einen herauszugreifen, sei auf eine Druckpapierfabrik im Bezirk Düsseldorf aufmerksam gemacht, die das Einkommen ihrer Maschinenführer während der Kriegszeit um volle 100 Mk. im Monat gekürzt hat.

In vielen Fällen würden sie es wohl auch tun, wenn die Arbeiter nicht selbst zu ängstlich wären, Lohnerhöhungen zu fordern. Wo der Unternehmer nicht freiwillig sozialer Einsicht besitzt, da muß er durch die Organisation daran erinnert werden, daß mit leerem Magen ein „Durchhalten“ sehr schwierig ist. Dazu ist aber nötig, daß die Arbeiterschaft den Weg zur Berufsorganisation gefunden hat. Ihr denselben zu zeigen, sollte die erste Aufgabe eines jeden organisierten Papierarbeiters sein.

Arbeiterklub in Bleifarbenbetrieben.

Auf Grund des § 139 a der Gewerbeordnung hat der Bundesrat am 16. September 1916 beschlossen: Die Bestimmungen im § 10 Absatz 1, 2 der Bekanntmachung, betreffend die Einweisung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben, sind ab dem 1. Januar 1918 in Kraft.

Der erwähnte § 10 lautet: Arbeiterinnen dürfen in Fabriken der im § 1 bezeichneten Art (das sind Anlagen, in denen Bleifarben oder andere chemische Bleiprodukte oder bleihaltige Farbgemische als Haupt- oder Nebenprodukt hergestellt werden) nur insoweit zum Aufenthalt oder zur Beschäftigung zugelassen werden, als sie dabei der Einwirkung bleihaltigen Staubes oder bleihaltiger Gase und Dämpfe nicht ausgesetzt sind und mit bleihaltigen Stoffen nicht in Verbindung kommen.

In Fabriken, welche ausschließlich oder vorwiegend der Herstellung von Bleifarben oder anderen chemischen Bleiprodukten dienen, darf jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung nicht gewährt und der Aufenthalt nicht gestattet werden. Auf die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern in andern Fabriken der im § 1 Absatz 1 bezeichneten Art finden die Bestimmungen im Absatz 1 entsprechende Anwendung.

Die einfache Verlängerung der Gültigkeitsdauer der bestehenden Bestimmungen ist nur ein Notbehelf. Es muß nach dem Kriege ein viel weitergehender Schutz der Bleiarbeiter mit allen Kräften angestrebt werden. Vor allem muß auch dafür gesorgt werden, daß die Bestimmungen beachtet und befolgt werden. Das ist bisher in sehr vielen Betrieben nicht der Fall.

Harburg-Wien.

Die Vereinigten Gummiwaren-Fabriken Harburg-Wien teilen in ihrem Geschäftsbericht für das am 30. Juni 1916 beendete Betriebsjahr folgendes mit: „Trotz der durch den Kriegszustand geschaffenen schwierigen Geschäftslage ist es uns gelungen, unsern Umsatz auf ungefähr der gleichen Höhe wie im Vorjahre zu halten.“

Die Internationale Gekalt-Gesellschaft Hoff u. So., an der die Harburger Gummiwerke stark beteiligt sind, hatte stark unter dem Mangel an Rohmaterial zu leiden und mußte infolgedessen den Betrieb weiter einschränken. Sie konnte jedoch die Vorräte und die neuen Erzeugnisse zu guten Preisen verwerten.

Das Werk hatte Vorräte an Rohmaterialien und fertigen Waren im Werte von 5 533 702 Mk. gegen 5 091 242 Mk. im Vorjahre. Der Gesamtumsatz ist sehr günstig. Für Erneuerungen wurden 375 060 Mk. gegen 316 496 Mk. im Vorjahre verausgabt. Die Abschreibungen auf Anlagen und Werte stellen sich auf 1 419 371 Mk. gegen 735 582 Mk. im Vorjahre, mithin um 683 789 Mk. höher.

Beschaffung von Ölen aus bisher nicht benutzten Quellen.

Der Kriegsausbruch für pflanzliche und tierische Öle und Fette läßt der Fachpresse folgende Mitteilungen über Anregungen und Versuche zur Fettgewinnung zugehen:

Welch großes Interesse aus allen Kreisen der Bevölkerung Deutschlands den Bestrebungen des Kriegsausbruches auf Beschaffung von Ölen und Fetten aus bisher nicht benutzten Quellen entgegengebracht wird, beweist die kürzlich abgehaltene 8. Sitzung des Wissenschaftlichen Ausschusses, in der nicht weniger als 31 verschiedene Vorschläge dieser Art zur Behandlung standen. Den Hauptteil darin nahmen die Anregungen ein, aus Pflanzen aller Art genießbare Fette zu gewinnen.

und vor dem Schnitt des Getreides reifen, direkt ein Ding der Unmöglichkeit ist, ohne Beschädigung der Kornfelder die Unkraut samen zu sammeln. Die Anregung erhebt aber in ihrer Gesamtheit doch so bedeutungsvoll, daß nunmehr versucht werden wird, die Unkraut samen zu erziehen, die beim Dreschen des Getreides ausgesondert werden.

Weiter mußte in diesem Jahre davon Abstand genommen werden, die im vorigen Jahre geförderte Sammlung von Linden samen fortzusetzen. Die Erfahrungen des vorigen Jahres hatten nämlich gezeigt, daß die vom Kriegsausbruch übernommenen Linden samen entgegen den Erwartungen der Literatur nicht etwa 57 Prozent Delgehalt aufwiesen, sondern daß bei der Verarbeitung sich ein Delgehalt von nur etwa 25 ergab.

Wehr Erfolg versprechen die Bemühungen des Kriegsausbruches, aus den Krokodil samen ein zu Speisefetten geeignetes Öl zu erzielen. Wegen des in den Krokodil samen enthaltenen Giftes war im vorigen Jahre davon abgesehen worden, die Krokodil samen zur Oelbereitung heranzuziehen, zumal man der Ansicht war, daß die Krokodil samen auf dem indirekten Wege des Veresterens in weiches Öl- und Fettöl umzuwandeln wären.

Auch die Sa In ässe wollte man in diesem Jahre zur Oelgewinnung heranziehen. Im Laufe des Frühjahrs gelangte man zu einem Verfahren, das bei der Verarbeitung trockener Walnüsse einen Delgehalt von 10 v. S. ergibt. In Deutschland gibt es heute über 1 1/2 Millionen tragfähiger Walnussbäume, die eine Ernte von etwa 46 Millionen Kilogramm in guten Jahren bringen können. Eine hundertprozentige Ausbeute dieser Ernte würde uns über 4000 Tonnen reinstes Speisöl bringen, eine Menge, die unser wirtschaftliches Durchhalten in der Ernährungsbildung zweifellos erheblich fördern würde.

Die vielen Anregungen, tierische Fette in großen Mengen aus bisher unbenutzten Quellen zu gewinnen, mußten sämtlich abgelehnt werden, da die Untersuchungen ihre Unbrauchbarkeit ergeben hatten. So war vorgeschlagen worden, aus Seechernen Öl zu gewinnen. Eine Umfrage bei den Fischern ergab jedoch, daß Seechernen nur in äußerst geringen Mengen sich in den Netzen der Fischer vorfinden, und die Untersuchungen der Seechernen wiesen einen Fettgehalt auf, der nicht einmal 1 v. S. beträgt. Ähnlich war es mit den Schnecken. Viele Einfender behaupteten, daß in den Schnecken bis zu 25 v. S. Fett enthalten sei. In gutem Aufstande befindliche Weinberg- und Rebgewinden wiesen jedoch durchschnittlich auch nur einen Fettgehalt von 1 v. S. auf.

